

des deutschen Bundestages konnten das erst in der vergangenen Woche wieder erleben. Die Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe wollte am vergangenen Samstag nach China fliegen. Geplant waren vor allem Treffen mit Politikern, Gewerkschaftern und Wirtschaftsvertretern.

Am vergangenen Dienstag, vier Tage vor dem geplanten Abflug, ließ der SPD-Abgeordnete Johannes Pflug eine eilige Mail an die Parlamentskollegen verschicken. Das chinesische Parlament, der Nationale Volkskongress, sehe sich „nicht in der Lage“, eine Einladung an die deutsche Parlamentariergruppe auszusprechen.

Eine Begründung lieferten die Chinesen nicht. Aber die Deutschen glauben, den Grund der Absage zu kennen. Die Chinesen seien offenbar beleidigt, weil Bundestagspräsident Norbert Lammert den Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses in Berlin nicht „offiziell“ getroffen habe, sondern lediglich zu einem Essen.

Zudem wollten die chinesischen Behörden offenbar vermeiden, dass sich die Bundestagsabgeordneten mit Vertretern der ethnischen Minderheit der Uiguren treffen. Die Abgeordneten erwarten nun, dass die Regierung das Thema in Peking in dieser Woche anspricht.

Es ist nicht das einzige Problem, das Merkel lösen soll. Die China-Korrespondenten deutscher Medien baten Merkel in einem Brief, bei ihrem Besuch die schlechter werdenden Arbeitsbedingungen ausländischer Journalisten anzusprechen.

„Polizei und Staatssicherheit behindern unverändert unsere Arbeit“, heißt es in dem Schreiben. Die Behörden drohten unverhohlen damit, Visa nicht zu verlängern, wenn über „sensible“ Themen berichtet werde.

Ob Merkels China-Offensive am Ende Erfolg hat, ist deshalb offen. Niemand kann sagen, wie reformorientiert die künftige chinesische Regierung sein wird. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer, die Wirtschaft wächst nicht mehr so stark wie vor einigen Jahren. Es ist gut möglich, dass eine schlechtere ökonomische Lage auch zu einem repressiveren Kurs im Innern führen wird.

Das hätte auch außenpolitische Auswirkungen. Bislang setzen die Deutschen darauf, dass sich Peking im Uno-Sicherheitsrat gegenüber westlichen Argumenten offener zeigen wird. Es ist nur eine Hoffnung, denn den Beweis für eine neue Haltung ist die chinesische Führung bislang schuldig geblieben.

„Wir reden zwar von Partnern“, heißt es deshalb in der Bundesregierung, „aber wann die Chinesen wirkliche Partner werden, steht in den Sternen.“

MARKUS DEGGERICH, RALF NEUKIRCH,  
WIELAND WAGNER



Kandidatin Roth: „Ich freu mich narrisch, dass ich hier bin“

GRÜNE

## Im Wolfsrudel

Sieben Jahre nach Ende der Ära Joschka Fischer wird die Machtordnung in der Partei neu festgelegt. Der Wahlkampf der Spitzenleute wird schon jetzt mit allen Tricks geführt.

Der ehemalige Außenminister genießt vom Büro seiner Beratungsfirma eine herrliche Aussicht auf den Berliner Gendarmenmarkt. Hier im Herzen der Hauptstadt redet Joschka Fischer, 64, gern über internationale Krisen und die Machtkämpfe in der deutschen Politik. Mit besonderer Leidenschaft verfolgt er die Kabalen in seiner eigenen Partei. Fischer weiß nur zu gut, wie heftig bei den Grünen um Posten gerungen werden kann, er hat das ja am eigenen Leib erlebt.

Umso erfreulicher muss es für ihn sein, nun auf der Zuschauertribüne zu sitzen und dem Spektakel zuzuschauen, das die Spitzenleute der Grünen bieten. Vor sie-

ben Jahren hat er sich aus der aktiven Politik zurückgezogen, und mit einem letzten Gruß schmähte er damals seine Nachfolger („Jetzt kommt die Playback-Generation“).

Aber erst jetzt wird die Machtordnung der Grünen in der Ära nach Fischer wirklich ausgefochten. Wenn alles nach Plan läuft, bekommt Parteimitglied Fischer Anfang Oktober zusammen mit knapp 60 000 anderen Grünen Post aus der Parteizentrale. Auf dem Wahlzettel stehen dann die Kandidaten, die sich um zwei Posten als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2013 bewerben.

Neben zwei Kandidaten von der Basis bewerben sich vier Kandidaten, die

schon zu Fischers Zeiten die Partei prägten: die beiden Fraktionschefs Jürgen Trittin und Renate Künast, die Parteivorsitzende Claudia Roth sowie Katrin Göring-Eckardt, zurzeit Vizepräsidentin des Bundestags.

Es ist das erste Mal, dass eine Partei vor einer Bundestagswahl ihre Spitzenkandidaten direkt von der Basis wählen lässt. Die Republik wird die „Primary“ nach amerikanischer Art zwar nicht erschüttern: Ein grüner Spitzenkandidat wird nicht Kanzler, da die Partei derzeit bei 13 Prozent in den Umfragen liegt. Für die Grünen aber ist die Urwahl brisant.

Denn nach sieben Jahren Opposition sieht die Gründergeneration die letzte Chance auf die Macht. Jahrelang haben Fischers Epigonen offene Konflikte um Posten gemieden. Die Grünen singen zwar gern das Loblied auf die Basisdemokratie. Wenn es aber ums Personal ging, zogen sich die Funktionäre der Partei oft ins Hinterzimmer zurück. Zu groß war die Scheu, mit offenen Schlachten die Wähler zu vergraulen.

Diesmal aber liegen die Dinge anders. Für alle Kandidaten steht so viel auf dem Spiel, dass Formelkompromisse keinen Frieden mehr stiften konnten: Fraktionschef Trittin will endlich zeigen, dass er der legitime Nachfolger Fischers ist; er möchte Vizekanzler werden, sollten die Grünen den Sprung in die Regierung schaffen. Bei Renate Künast geht es ums nackte politische Überleben, sie muss das Wahldesaster vergessen machen, das sie als Spitzenkandidatin bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl angerichtet hat.

Claudia Roth möchte beweisen, dass sie mehr sein kann als das Maskottchen ihrer Partei, und will Ministerin werden. Und Katrin Göring-Eckardt fühlt sich mit ihren 46 Jahren zu jung, um bis zur Altersgrenze besinnliche Reden auf Kirchentagen zu halten. Für einen Kabinettsposten würde sie auch ihr Ehrenamt als Präses der Synode der Evangelischen Kirche aufgeben.

Wenn die vier gegeneinander antreten, geht es kaum um die Sache. Selbst das Fußvolk in der Fraktion kann nicht so recht sagen, was die Kandidaten inhaltlich unterscheidet.

Alle vier wollen die Hartz-IV-Sätze erhöhen, treten für Euro-Bonds ein und halten ein Bündnis mit der Union für undenkbar – selbst Renate Künast, die noch vor einem Jahr nach Kräften für eine Öffnung hin zu den Konservativen geworben hatte. Unterschiede? Allenfalls in Nuancen: „Auf uns kommt es an“, lautet die Überschrift von Göring-Eckardts Bewerbungsschreiben. „Warum es auf uns Grüne ankommt“, heißt es bei Trittin.

Für den Wahlkampf bedeutet so viel Ähnlichkeit nichts Gutes. Denn wenn ein Kampf nicht offen und über Inhalte ausgetragen wird, verlagert sich die Ausein-



**Rivalinnen Göring-Eckardt, Künast**  
*Kampf ums nackte politische Überleben*

andersetzung unter den Tisch, wo dann umso heftiger getreten wird. Einen „Wettbewerb im Schlechtmachen“ befürchtet ein prominentes Mitglied der Bundestagsfraktion.

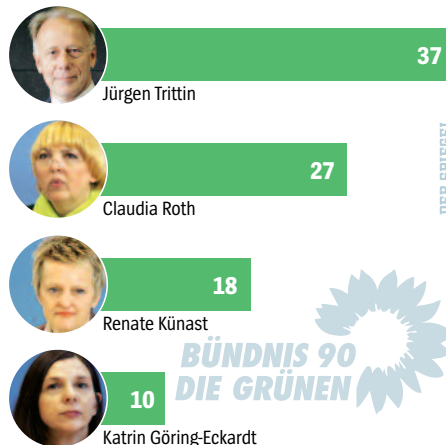
Schon den Weg hin zu den Bewerbungen haben einige Kandidaten unangenehm in Erinnerung, zum Beispiel Göring-Eckardt und Künast. Sie lebten vor zehn Jahren in einer Wohngemeinschaft in Berlin. Bis vor kurzem schien es Kennern der beiden unvorstellbar, dass die Freundinnen gegeneinander antreten.

Dann aber konnten sie ihre Kandidatur nicht schnell genug ankündigen. Erst gab Renate Künast der „Süddeutschen Zeitung“ ein Interview, um sich in Stellung zu bringen. Aber noch vor Drucklegung der Zeitung machte Göring-Eckardt die eigenen Ambitionen auf ihrer Internetseite publik. Als Künast dies mitbekam, wollte sie die Veröffentlichung ihres Interviews nicht mehr abwarten und streute bei anderen Medien, dass sie antreten wolle. Keine der beiden Frauen wollte die letzte sein. Es waren nicht die besten Tage für ihre Freundschaft.

## Spitzenkandidaten

„Mit wem haben die Grünen bei der nächsten Bundestagswahl die besten Chancen?“

Anhänger der Grünen, Angaben in Prozent



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF, Politbarometer August; 1154 Befragte; „weiß nicht“: 8 Prozent

Nun beginnen sich die Truppen hinter den Frauen zu sammeln. Ein Teil des Realo-Flügels, zu dem unter anderen Parteichef Cem Özdemir gehört, will Künast loswerden und favorisiert Göring-Eckardt.

Die wiederum hat Schwierigkeiten bei den Linken und beim Parteienwachstum. Dort gilt sie vielen als letzte Repräsentantin der wirtschaftsliberalen Realos, die die Partei während der rot-grünen Regierungszeit in die bürgerliche Mitte zu ziehen versuchten. Zwar präsentiert sich Göring-Eckardt trotz ihrer 46 Jahre als hoffnungsvolles Nachwuchstalente, aber tatsächlich saß sie schon Mitte der Neunziger mit Trittin in Bonn im Bundesvorstand und wurde 2002 von Fischer zur Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gemacht.

Auch die Parteilinken Trittin und Roth hatten einen schweren Start. Als Roth im März fürchtete, die Partei könnte Trittin zum alleinigen Spitzenkandidaten küren, preschte sie vor, verlangte eine Doppelspitze und meldete ihre eigene Kandidatur gleich mit an.

Trittin war damals stocksauer. Der Fraktionschef hat kein Interesse an einer gemeinsamen Kandidatur mit Roth, sie macht ihm das Leben nur unnötig schwer. Die Parteichefin gilt vielen als zu links und schrill; das kann der Ex-Kommunist Trittin, der sich längst als Staatsmann gibt, am allerwenigsten gebrauchen. Trittin fürchtet zudem, dass eine linke Doppelspitze schon bei den geringsten Problemen im Bundestagswahlkampf vom rechten Parteiflügel demontiert werden könnte.

Roth ficht das nicht an, ihr Wahlkampf hat bereits begonnen. Die Bundesvorsitzende steht in einem Biergarten in Schöningen in der Nähe von Schweinfurt, eine Station ihrer einwöchigen Reise durch die bayerische Provinz. Das Mikrofon ist kaputt, doch das stört sie nicht: „Ich freu mich narrisch, dass ich hier bin“, ruft sie. „Ich kenne keinen schöneren Biergarten weit und breit.“ Roth geht von Tisch zu Tisch, den Bierkrug in der Hand, sie plaudert, herzt, umarmt.

So lauschtig dürfte das Finale des Wahlkampfes nicht werden. Laut Zeitplan des Bundesvorstands beginnt Mitte September eine mehrwöchige „Diskussionsphase“. Während dieser werden die Kandidaten durchs Land tingeln, auf Konferenzen ihre Vorzüge preisen – und womöglich auch mal hintenrum ein Wort über die Schwächen der Gegner verlieren.

Joschka Fischer wird daran seine Freude haben. Der Parteipatriarch war stets der Meinung, dass in der Politik nur Platz für robuste Naturen ist. Ohne Kampf werde es keinen neuen Leitwolf geben, sagte er bei seinem Abgang im Jahr 2005: „Das müssen die Jüngeren untereinander selbst ausbeissen.“

RALF BESTE